

## Beschluss (vorläufig) Digitalisierung

Gremium: Mitgliederversammlung

Beschlussdatum: 21.11.2019

### Antragstext

1 Wir setzen uns für einen umfassenden Ausbau der digitalen Verwaltung ein, damit  
2 unsere Bürger\*innen nicht mehr auf dem Amt warten zu müssen, sondern ihre  
3 Anliegen bequem und schnell online erledigen zu können. Seit 2003 ist die Stadt  
4 Nürnberg dabei, analoge Vorgänge von Papier umzustellen, und hat bereits 400  
5 Verfahren digital bereitgestellt. Dazu werden wir uns dafür einsetzen, dass mehr  
6 und mehr Verfahren online abgebildet werden können und wir diese zur einfachen  
7 Auffindbarkeit und Bedienbarkeit in einem „Digitalen Bürger\*innenamt“ bündeln  
8 und auf einer nutzer\*innenfreundlichen Oberfläche zusammenführen. Wir wollen die  
9 Menschen aber nicht in eine digitale Welt zwingen. Deshalb muss es in der  
10 Verwaltung weiterhin persönliche Ansprechpartner\*innen geben.

11 Um auch die internen Verwaltungsvorgänge besser und reibungsfreier abwickeln zu  
12 können, setzen wir dabei nicht nur auf technische Maßnahmen, sondern stoßen  
13 einen Change-Management-Prozess in der Verwaltung an, um die Mitarbeiter\*innen  
14 auch entsprechend zu befähigen und zu unterstützen.

15 Die digitale Vernetzung unserer Wirtschaft und Gesellschaft hat gleichzeitig  
16 auch großes Potenzial für mehr Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Von  
17 Videokonferenzen statt CO2-intensiver Reisen über intelligente Stromnetze bis zu  
18 vernetzter nachhaltiger Mobilität. Die Digitalisierung kann unseren  
19 Energieverbrauch verringern, die Energiewende beschleunigen und die  
20 Verkehrswende vorantreiben. Dafür wollen wir Grüne uns in der Stadt Nürnberg  
21 einsetzen, damit das Potenzial der Digitalisierung gehoben und die Ökoeffizienz  
22 in Verwaltung und Unternehmen gefördert wird.

23 Wir wollen auch die digitale Modernisierung der IT innerhalb der Stadtverwaltung  
24 vorantreiben. Zur deren nachhaltiger Umsetzung setzen wir uns in der  
25 öffentlichen Verwaltung für größtmögliche „digitale Resilienz“ ein: Darunter  
26 verstehen wir unter anderem, die Kontrolle über die eigene Soft- und Hardware zu  
27 haben und zu behalten. Open-Source-Lösungen können zudem ein guter Weg sein, um  
28 nicht den Herstellerlaunen von Großkonzernen ausgeliefert zu sein.

29 In den Schulen soll die Digitalisierung eine angemessene Rolle spielen.  
30 Entscheidend dafür sind eine funktionierende Hardware, die Unterstützung durch  
31 medientechnisches Fachpersonal und die kontinuierliche Weiterbildung der  
32 Lehrkräfte, damit sie die Schüler\*innen bei der vernünftigen Nutzung digitaler  
33 Medien begleiten können.

34 Wir unterstützen selbstverwaltete Projekte wie FabLabs, Maker Spaces und Repair  
35 Cafés, welche die eigenständige Auseinandersetzung mit Hard- und Software sowie  
36 nachhaltige Technologieanwendung ermöglichen.

37 Wir Grüne wollen freies W-LAN in der gesamten Innenstadt und großflächig im  
38 gesamten Stadtgebiet, sowie in den Behörden und im ÖPNV umsetzen. Wir wollen  
39 intelligente Technik einsetzen, um den Straßenverkehr sicherer für  
40 Fußgänger\*innen zu machen, z.B. „intelligente“ Straßenlaternen, die sich nur bei

41 Bedarf einschalten, und intelligente Poller, die die Altstadt zur Einfahrt nur  
42 für Anwohner\*innen und andere Berechtigte freigeben.

43 Wir fordern die Erweiterung der städtischen Informationsfreiheitsatzung zu  
44 einer Transparenzatzung, bei welcher alle von der Satzung betroffenen Dokumente  
45 automatisch veröffentlicht werden. Auch nützliche Daten zum öffentlichen Leben  
46 sollten für die Bürger\*innen zugänglich sein.

47 Auf der anderen Seite braucht die Digitalisierung stromintensive Rechenzentren  
48 und die vielen Geräte der Verbraucher\*innen und des Internet der Dinge brauchen  
49 Strom. Dafür wollen wir eine städtische „Green-IT-Strategie“ initiieren. Als  
50 wichtigen Hebel für die ökodigitale Transformation brauchen wir daher ein Null-  
51 CO2-Ziel für die IT der städtischen Behörden und Einrichtungen.

52 Nach dem Grundsatz „private Daten schützen, öffentliche Daten nützen“ setzen wir  
53 uns dafür ein, dem Datenschutz und der Privatsphäre unserer Bürger\*innen höchste  
54 Priorität einzuräumen und lehnen daher die schrankenlose Ausweitung der  
55 Videoüberwachung strikt ab. Den Abruf öffentlicher Daten möchten wir hingegen  
56 vereinfachen, indem wir die Informationsfreiheitsatzung der Stadt Nürnberg zu  
57 einer Transparenzatzung aufwerten und die entsprechenden Daten als „Open Data“  
58 maschinenlesbar bereitstellen.

## 59 Schlüsselprojekt städtische Transparenzatzung

60 Die Informationsfreiheitsatzung der Stadt Nürnberg muss:

- 61 1. zu einer Transparenzatzung ausgeweitet werden, unter welcher alle  
62 städtischen Informationen, die aktuell schon von der IFS erfasst sind, in  
63 Zukunft maschinenlesbar frei zugänglich sind.
- 64 2. auf alle in städtischer Hand befindlichen Unternehmen ausgeweitet werden.  
65 Dies beinhaltet die Veröffentlichung der vorliegenden Informationen sowie  
66 das Umsetzen eigener Transparenzatzungen in diesen Unternehmen.